

Haferkamp, Wilhelm; Friederichs, Hans; Bayliss, Brian

Article — Digitized Version

Zerfällt die EG?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Haferkamp, Wilhelm; Friederichs, Hans; Bayliss, Brian (1976) : Zerfällt die EG?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 10, pp. 490-500

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134998>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zerfällt die EG?

Nach einem Bericht der EG-Kommission haben sich die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den EG-Mitgliedsländern in den letzten drei Jahren rapide vergrößert. Zerfällt die EG? Wilhelm Haferkamp von der EG-Kommission, Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und der Brite Brian Bayliss nehmen Stellung.

Wilhelm Haferkamp

Neue politische Impulse fehlen

Die Frage des Zeitgesprächs bereits signalisiert den Zustand der Europäischen Gemeinschaft. Vor fünf, ja noch vor drei Jahren wäre diese Frage absurd gewesen. Heute ist sie es nicht mehr; heute stellen sich viele diese Frage, obwohl sie ernsthaft noch von niemandem schließlich bejaht worden ist.

Wie sieht die Wirklichkeit der Gemeinschaft aus? An der Tatsache einer gemeinsamen Außenhandelspolitik wird nicht gerüttelt und ist nicht zu rütteln, weil der Vertrag diese ein für allemal vorsieht. Der Gemeinsame Markt gehört zu jenem Bestand des Erreichten, der nicht mehr diskutiert wird, weil er selbstverständlich geworden ist. Als vollendet kann aber der Gemeinsame Markt nicht gelten, weil insbesondere bei der Beseitigung von Handelshemmnissen noch viel zu tun ist und schließlich jenes Mindestmaß an Steuerharmonisierung immer

noch auf sich warten läßt, das für den Abbau der Grenzkontrollen unerlässlich ist.

Die gemeinsame Agrarpolitik, von vielen als das stärkste Bindeglied der Gemeinschaft betrachtet, läßt sich nur noch durch immer komplizierter werdende Hilfskonstruktionen aufrechterhalten. Ob sich diese Politik noch „gemeinschaftlich“ nennen kann, läuft letztlich auf eine definitorische Frage hinaus. In Wirklichkeit ist sie dies nicht mehr. Die Forschungspolitik ist ein Torso geblieben. Eine gemeinsame Verkehrs- und Industriepolitik ist schon in den Ansätzen steckengeblieben.

Am stärksten wurde die Gemeinschaft in den vergangenen Jahren in der Energie- sowie der Wirtschafts- und Währungspolitik herausgefordert. Hätte es die Gemeinschaft bei Ausbruch der Energiekrise noch nicht gegeben: man hätte sie wahrlich erfinden müssen; denn so groß

und so interdependent waren die Probleme, daß sie nur in übernationalen Anstrengungen Aussicht hatten, bewältigt zu werden.

Spaltung in zwei Gruppen

Das Resultat dieser Herausforderung ist bekannt. Statt sie zum Anlaß entschlossener Integrationsfortschritte zu nehmen, steht die Gemeinschaft nach dieser Krise, die die Grundlagen der Weltwirtschaft erschütterte, uneiniger, unfertiger, desintegrierter als zuvor da. Eine gemeinsame Energiepolitik findet bis auf den heutigen Tag in der Gemeinschaft nicht statt. Die lebensnotwendige Gemeinsamkeit auf diesem Gebiet ist von außen initiiert worden. Gleichzeitig wurde die Gemeinschaft in zwei Gruppen auseinanderdividiert: acht Mitgliedstaaten waren bereit, mit den Vereinigten Staaten und anderen Ländern in der Internationalen Energieagentur zusammen-

zuarbeiten, Frankreich nicht. Diese Spaltung der Gemeinschaft dauert bis heute an.

In der Währungspolitik geht die Spaltung mitten durch die Gemeinschaft. England, Italien und Frankreich — drei der vier größeren Mitgliedstaaten gehören dem europäischen Wechselkursverbund, der „Schlange“, nicht mehr an. Dem Club der „Schlangen-Länder“ steht der Club der „Freifloater“ gegenüber. Diese Trennung hat sich auch institutionell niedergeschlagen. In der Regel geht einer Sitzung des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister eine Sitzung voraus, an der nur die der Schlange angehörenden Mitgliedstaaten teilnehmen. Wesentliche währungspolitische Fragen wurden und werden damit also nicht mehr im Rahmen der zuständigen Gemeinschaftsinstanzen behandelt.

Wer indessen geglaubt hatte, die „Rest-Schlange“ stelle den „rocher de bronze“ währungspolitischer Stabilität dar, sah sich getäuscht. In den letzten Wochen ist auch sie unter erheblichen Druck geraten, wenn es auch nicht zum Ausscheiden eines weiteren Landes aus dem Wechselkursverbund gekommen ist. Es gibt aber nicht wenige Stimmen — und zwar vor allem in der Bundesrepublik —, die dem jetzt noch bestehenden Schlangen-Arrangement keine allzu große Überlebenschancen mehr einräumen. Ich meine: Die Schlange aufzugeben wäre ökonomisch und politisch kurzfristig.

Eklatante ökonomische Divergenzen

Es wäre sicher ungerecht, die Schuld an der währungspolitischen Misere der Gemeinschaft nur einem Mangel an Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft seitens der Schlangen-Länder zuzuschreiben. Im Grunde sind die Schwierigkeiten des europäischen Wechselkurssystems

nur Ausdruck der Tatsache, daß die ökonomische Entwicklung der Mitgliedstaaten in den letzten Jahren in geradezu erschreckendem Maße auseinandergefallen ist.

Die kumulierten Zuwachsraten der Verbraucherpreise in den Jahren 1973, 1974 und 1975 zeigen folgendes Bild:

Gemeinschaft	40 %
Bundesrepublik	21 %
Niederlande	31 %
Italien	54 %
Vereinigtes Königreich	57 %

Bei den Lohnstückkosten waren die Divergenzen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten noch größer (kumulierte Entwicklung 1973, 1974 und 1975):

Gemeinschaft	55 %
Bundesrepublik	25 %
Niederlande	41 %
Vereinigtes Königreich	75 %
Italien	83 %

Die Liste der in den Mitgliedstaaten divergierenden gesamtwirtschaftlichen Indikatoren ließe sich noch verlängern. Die hier aufgeführten Reihen genügen jedoch, um zu erkennen, daß es ökonomisch unmöglich ist, alle Gemeinschaftswährungen über einen längeren Zeitraum hinweg in ein unverändertes Fixkurs-system zu zwingen. Hinter der währungspolitischen Spaltung verbergen sich eklatante ökonomische Divergenzen.

Bedeutet dieser Befund nun, daß der Zerfall der Gemeinschaft unabwendbar ist? Ich kann darauf nur eine Antwort geben: sie wird nicht zerfallen. Sie wird deshalb nicht zerfallen, weil es sich kein Mitgliedstaat leisten kann, die Konsequenzen einer solchen Entwicklung auf sich zu nehmen. Sicherlich wären die Konsequenzen im einzelnen schwer abschätzbar. Daß sie aber für alle Volkswirtschaften überaus gravierend sein würden, darüber gibt es keinen Zweifel.

Hoher Verflechtungsgrad

Einen Anhaltspunkt über die möglichen Auswirkungen könnten Zahlen über den Grad der gegenseitigen Handelsverflechtung geben. Mehr als 50 % der Exporte der Mitgliedstaaten sind im vergangenen Jahr in die Gemeinschaft gegangen. Für die Bundesrepublik betrug dieser Exportanteil in die übrigen Gemeinschaftsländer im Jahr 1975 ungefähr 45 %. Je kleiner ein Land, um so größer wird dieser Anteil. Belgien und die Niederlande beispielsweise haben über 70 % ihrer Exporte in der Gemeinschaft abgesetzt. Diesen hohen Grad der Verflechtung hat sicher nicht allein der Gemeinsame Markt herbeigeführt. Und natürlich gäbe es zwischen Frankreich und Deutschland auch nach einem Zerfall der Europäischen Gemeinschaft noch einen gegenseitigen Handelsaustausch. Aber niemand

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Wilhelm Haferkamp, 53, Dipl.-Volkswirt, ist seit 1970 Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel. Er ist für die Bereiche Wirtschaft und Finanzen, Kredit und Investitionen zuständig.

Dr. Hans Friderichs, 44, FDP-Bundestagsmitglied, ist seit 1972 Bundesminister für Wirtschaft.

Prof. Dr. Brian Bayliss, 35, ist Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften und Direktor des „Centre for European Industrial Studies“ an der Universität Bath.

darf sich der Illusion hingeben, Handel und damit Beschäftigung und Wohlstand blieben von einem solchen Ereignis unberührt. Ich bin sicher, daß sich insbesondere in der Bundesrepublik jeder Verantwortliche über diese Tatsache im klaren ist.

Die gestellte Frage: Zerfällt die EG? ist indessen so hypothetisch, daß es eigentlich vergeudete Zeit ist, sich bei möglichen Folgen und Konsequenzen aufzuhalten. Sie aufzustellen hat meines Erachtens nur deshalb und insoweit einen Sinn, als bei solchen Betrachtungen die Vorteile, die die Gemeinschaft gebracht hat, wieder einmal ins Blickfeld kommen.

Der gefährlichste Sprengsatz, der die Gemeinschaft bedroht, besteht meiner Auffassung nach in den großen ökonomischen Strukturunterschieden und der Tatsache, daß diese Unterschiede noch immer im Begriffe sind, sich zu vergrößern. Es muß alles getan werden, um dieser Auseinanderentwicklung der Gemeinschaft Einhalt zu gebieten und die Strukturen schrittweise, aber doch einander anzunähern.

Probe auf die gesamtwirtschaftliche Vernunft

Wir haben in der Vergangenheit die Erfahrung machen müssen, daß mit den herkömmlichen Mitteln der Globalsteuerung allein die bestmögliche Verwirklichung der Ziele Wachstum und Stabilität nicht erreichbar ist. Jahrelang wurden zu hohe Ansprüche gestellt. Der Verteilungskampf hat häufig genug, und in einzelnen Ländern notorisch, den gesamtwirtschaftlich möglichen Rahmen gesprengt. Deshalb ist die Zusammenarbeit der Sozialpartner untereinander und zwischen ihnen und den Regierungen unerlässlich.

In der Bundesrepublik ist dies nahezu selbstverständlich ge-

worden. In anderen Mitgliedstaaten ist dies nicht der Fall, wie man leicht feststellen kann, wenn man die öffentlichen Diskussionen über von der Regierung beschlossene und in Vorbereitung stehende Stabilisierungsprogramme verfolgt. Vor diesem Hintergrund ist unser Bemühen zu sehen, die Sozialpartner und die Regierungen auch auf europäischer Ebene an einen Tisch zu bringen. Ich sehe die Bedeutung der Ergebnisse der Dreierkonferenz von Ende Juni in Luxemburg nicht in erster Linie darin, daß sich die Teilnehmer auf quantitative Ziele für die Stabilitäts- und Wachstumspolitik und die zu ergreifenden notwendigen Maßnahmen geeinigt haben. Das ist zwar auch wichtig und notwendig. Im Vordergrund stand für mich jedoch, auf europäischer Ebene einen Lernprozeß der Zusammenarbeit in Gang zu bringen.

In einigen Ländern hat es ja in der Tat in den vergangenen Wochen und Monaten einige erfreuliche Fortschritte in dieser Richtung gegeben. In England beispielsweise hat man eingesehen, daß gnadenlose Verteilungskämpfe ein Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins treiben können. Nun ist das Vereinigte Königreich alles andere als wirtschaftlich schon über den Berg. Fest steht jedoch, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten schon sehr viel mehr von ihrer Brisanz eingeübt hätten, wenn man sich früher auf den Weg der Zusammenarbeit begeben hätte. In Frankreich und in Italien steht die Probe auf die gesamtwirtschaftliche Vernunft noch aus. Auf jeden Fall müssen die sozialen Gruppen mit ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung konfrontiert werden.

Integration — eine politische Herausforderung

Selbstverständlich kann die Stagnation der Gemeinschaft

nicht allein durch Fortschritte auf wirtschafts- und währungs-politischem Gebiet überwunden werden. Die europäische Integration ist und bleibt in erster Linie eine politische Frage und eine politische Herausforderung. Nun stehen gegenwärtig die Zeichen — jedermann weiß das — für politisch-institutionelle Fortschritte nicht gut. Man braucht nur daran zu erinnern, daß seit über neun Monaten der Tindemans-Bericht über die Europäische Union auf dem Tisch des Ministerrates liegt. Bis auf den heutigen Tag steht die Antwort der Regierungen auf dieses gewiß nicht himmelstürmende Dokument aus.

Die beschlossene Direktwahl zum Europäischen Parlament ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg der notwendigen Demokratisierung der Gemeinschaft. Den entscheidenden Durchbruch stellt er freilich nicht dar, da eine nennenswerte Erweiterung der Befugnisse des Parlaments in der nächsten Zeit nicht in Aussicht steht. Meines Erachtens wären hier Fortschritte auf relativ begrenzten Gebieten denkbar, ohne große institutionelle Grundsatzdebatten vom Zaun zu brechen. Man könnte dem Parlament beispielsweise Gesetzgebungsbefugnisse auf dem so wichtigen Gebiet der vollen Herstellung des inneren Marktes geben. Hätte das Parlament die Gesetzgebungskompetenz in den Bereichen Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit, Rechtsangleichung, Beseitigung von Handelshemmnissen und Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen, und wäre man hier nicht mehr auf das lange und ermüdende Feilschen der nationalen Bürokratien angewiesen, so wäre damit zweifellos viel gewonnen.

Notwendig und auch möglich sind ferner eine Verbesserung der Arbeitsweise des Ministerrates, oder besser gesagt, der vielen verschiedenen Minister-

räte. Es muß weniger vertagt und mehr entschieden werden. Die Minister sollten sich häufiger und schneller von den zahlreichen Expertengruppen Bericht erstatten lassen und politisch entscheiden, was diese Ausschüsse nicht lösen können oder wollen. Vor allem der mit so viel Vorschußlorbeeren bedachte Europäische Rat sollte sich nicht zum Lückenbüßer der

Entscheidungsträgeit und Entscheidungsfähigkeit von Fachministerräten degradieren lassen.

Es besteht kein Zweifel: ohne neue politische Impulse kann die gegenwärtige Stagnation nicht überwunden werden, und die Frage: Zerfällt die EG? bleibt virulent. Diese Impulse können nicht von Bürokraten erwartet werden, sie können nur

von den europäischen Regierungen, von den europäischen Staatsmännern kommen. Die Politiker in Europa wissen, daß die Gemeinschaft mehr ist als etwas, das nur Geld kostet, und auch mehr als nur eine Kasse, aus der man sich zu nationalem Vorteil bedient. Die Bürger Europas erwarten, daß sie auch dieser Einsicht entsprechend handeln.

Hans Friderichs

Das Erreichte kann weiterentwickelt werden

Schwierige Zeiten mehren die Zweifel am Bestand der Europäischen Gemeinschaft. Gründe zur Skepsis gibt es in reichem Maße: die Energiekrise im Anschluß an den Yom-Kippur-Krieg, die Weltwirtschaftskrise, die außenpolitischen Verstrickungen in Nahost und in Afrika. In einer sich schnell und krisenhaft verändernden Welt fehlt die Verlässlichkeit gesicherter Ausblicke. Droht jetzt auch die Vision eines Vereinten Europas zu verblassen?

Vor 25 Jahren haben weitsichtige und mutige Staatsmänner die Grundlagen für eine Europäische Gemeinschaft gelegt, die wirtschaftliche Solidarität in der Perspektive der politischen Einigung Westeuropas begründen sollte. Seither wurde viel erreicht. Es besteht ein Gemeinsamer Markt mit weitgehend freiem Verkehr für Güter und Personen. Der gemeinsame Agrarmarkt ist gewiß nicht vollkommen, er sichert aber die Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und beteiligt die Landwirtschaft an Fortschritt und Wohlstand. In einer Anzahl von Bereichen gibt es Ansätze für gemeinsame Politiken, die eine

bessere Konvergenz der einzelstaatlichen Entwicklungen in Kernbereichen des Gemeinsamen Marktes fördern sollen. Dahinter steht als langfristiges Ziel die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Mit ihrer Erweiterung im Jahre 1973 hat die Gemeinschaft politisches Profil gewonnen. Sie hat ihr eigenes Freihandelssystem auch auf dritte Länder übertragen und beteiligt sich aktiv an Arbeiten, welche die schrittweise Einführung des allgemeinen Freihandels zum Gegenstand haben. Im Bereich der Außenbeziehungen bemüht sich die Gemeinschaft um ein einheitliches Auftreten. Wo immer ihr dies gelingt, wird ihre Stimme gehört, hat ihr Votum Gewicht.

Interne Schwierigkeiten

Dennoch stößt die Entwicklung der Gemeinschaft heute immer mehr auf Grenzen. Es wird sichtbar, daß die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Voraussetzungen für weitergehende integrationspolitische Impulse erst noch zu verwirklichen sind. Die Gefahr einer Lähmung des Einigungsprozesses

ist Anlaß zu verbreiteter Sorge, da Rückwirkungen auf den Bestand des bereits geschaffenen Integrationsgefüges erwartet werden.

Wie berechtigt diese Sorgen sind, hat erneut die Diskussion des Berichts Tindemans' über die Europäische Union gezeigt. Dieser Bericht unterbreitet Vorschläge, um Europa wieder zu einem wesentlichen Anliegen der Öffentlichkeit zu machen und neue Entscheidungen vorzubereiten. Der Bericht ist um Sachlichkeit bemüht, seine Analysen sind nüchtern. Feste Termine werden nicht genannt, die Vorschläge betreffen naheliegende Postulate. Dennoch ist in den bisherigen Erörterungen nichts so deutlich geworden wie gerade das faktische Gewicht der sachlichen Integrationshemmnisse.

Die Schwierigkeiten in der Gemeinschaft hängen in erster Linie mit ihrem inneren Zustand zusammen. Vor allem ist bisher die Verwirklichung einer gemeinsamen Politik im Wirtschafts- und Währungsbereich nur sehr unvollkommen gelungen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Entscheidend ist wohl,

daß immer dann, wenn wirtschaftspolitische und vor allem währungspolitische Fragen berührt werden, in zentrale Bereiche nationaler Politik vorgestoßen wird. Gemeinschaftsaufgabe und nationalstaatliche Zuständigkeiten (und Empfindlichkeiten) lassen sich vielfach nicht miteinander vereinbaren. Bisher haben sich die Regierungen nicht eindeutig festgelegt. Zugeständnisse an die Gemeinschaftskompetenz fallen ihnen schwer.

Das Zögern der Regierungen liegt nicht allein am fehlenden politischen Willen. Keine Regierung kann Verantwortung übertragen, ohne sicher zu sein, daß die übertragenen Befugnisse zum Wohle ihrer Bürger ausgeübt werden. Eine derartige Sicherheit gibt es heute wegen der erheblichen Unterschiede der tatsächlichen, rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Lage in den Mitgliedstaaten nicht. Die Strukturunterschiede im weitesten Sinne haben zu sehr unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Auffassungen geführt, die nicht ohne weiteres auf den Nenner einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu bringen sind.

Vergrößerung wirtschaftlicher Disparitäten

Es ist deshalb auch nicht gelungen, das Ziel einer gleichgewichtigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten zu verwirklichen. Vielmehr haben sich die bestehenden wirtschaftlichen Disparitäten zumal im Gefolge der schweren Weltwirtschaftskrise vertieft und weiter vergrößert. Die chronischen Schwierigkeiten im Europäischen Währungsverbund sind symptomatisch für diese Diskrepanzen. Sie behindern heute die Verwirklichung neuer und die Fortführung bestehender Politiken. Sie stärken die zentrifugalen Kräfte in der Gemeinschaft und gefährden damit den er-

reichten Integrationsstand, von dem wiederum die Stabilität der Volkswirtschaften und im Zusammenhang damit auch die der Demokratie in der Gemeinschaft abhängen. Hinzu kommt noch die unterschiedliche Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit der gesellschaftlichen und politischen Strukturen der Mitgliedstaaten. Gesellschaftliche Krisen und eine ungewisse politische Zukunft in einigen Mitgliedstaaten sind der gefährliche Ausdruck dieser Entwicklung. Sie haben die Integrationsfähigkeit Europas beeinträchtigt.

Komplexe Außenbeziehungen

Im außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Bereich war die Gemeinschaft in der letzten Zeit erfolgreicher. Es sind jedoch auch neue Schwierigkeiten aufgetaucht. Die außenpolitische Aktivität hat die Gemeinschaft in bisher unbekannte innen- und außenpolitische Kraftfelder gerückt, die es ihr in einigen Fällen erschwert haben, Außenpolitik mit einer Stimme zu betreiben, und die sie auch im Inneren vor neue Belastungsproben stellen. Beispielsweise hat die Gemeinschaft wegen der unterschiedlichen Interessenlagen ihrer Mitgliedstaaten bisher bei den Verhandlungen im Rahmen der KIWZ und der UNCTAD wenig überzeugt. Oft wurde die Gemeinschaft erst dann tätig, wenn seitens ihrer Umwelt auf sie (und ihre Mitgliedstaaten) starker außenpolitischer Druck ausgeübt wurde.

Auch in anderer Hinsicht hat die außenpolitische Dynamik für die Gemeinschaft zu Konsequenzen geführt. Mit der Zustimmung des Rates zu der EG-Mitgliedschaft Griechenlands ist der Trend zur erneuten Erweiterung der Gemeinschaft bestätigt worden. Weitere Mittelmeerländer (Portugal, Spanien) streben gleichfalls den Beitritt an. Für den Zusammenhalt der westli-

chen Staatengemeinschaft ist diese Entwicklung politisch notwendig; sie findet im übrigen im EG-Vertrag ihre rechtliche Stütze. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Gemeinschaft mit dieser Perspektive in einem Augenblick konfrontiert wird, in dem sie angesichts der noch nicht gelungenen Lösung ihrer inneren Probleme kaum ausreichend gefestigt ist. Bei den weiteren Verhandlungen wird deshalb besonders darauf zu achten sein, daß Kohäsion und Entwicklungsfähigkeit der Gemeinschaft gewahrt bleiben.

Die skizzierten Problembe- reiche und Konfliktstoffe berechnen sehr wohl zu skeptischen Fragen. Die Schwierigkeiten sind real und gefährlich. Die Bundesregierung ist dennoch der Meinung, daß das bisher Erreichte erhalten und weiterentwickelt werden kann.

Vorteile der Gemeinschaft

Jedem der Mitgliedstaaten sind aus der gemeinsamen Leistung Vorteile erwachsen. Ein Zusammenbruch des Gemeinsamen Marktes würde den Wohlstand mindern, den sozialen Frieden gefährden und den Freiheitsraum des einzelnen beschränken – in allen Mitgliedstaaten. Die Bundesrepublik hat ein Interesse an der Europäischen Gemeinschaft und an ihrer Fortentwicklung zu einer politischen Union. Wirtschafts- und sicherheitspolitische Überlegungen sprechen gleichermaßen für diese Option.

Um bei der Wirtschaft zu bleiben: 45 % unserer Exporte gehen in die übrigen EG-Staaten, weitere 15 % in die mit der EG durch Freihandelsabkommen verbundenen europäischen Staaten der Rest-EFTA. Die Staaten des europäischen Währungsverbundes nehmen 25 % der deutschen Ausfuhren auf. Auch ohne Umrechnung in Arbeitsplätze belegen diese Zahlen das Interesse, das wir an der Zusam-

menfassung der wirtschaftlichen Ressourcen in einem größeren Wirtschaftsraume zur besseren Arbeitsteilung haben müssen.

Die Überwindung der Schwierigkeiten in der Gemeinschaft wird ohne Geduld und Beharrlichkeit nicht gelingen. Dabei werden große Anforderungen sowohl an die Gemeinschaftssolidarität als auch an die Disziplin der Mitgliedstaaten gestellt. Den eigenen ökonomischen und sozialen Anstrengungen der Mitgliedstaaten und ihrer Regierungen kommt aus zwei Gründen eine zentrale Bedeutung zu: Die Beseitigung des strukturellen Gefälles in der Gemeinschaft setzt die Bereitstellung von Mitteln in einem Umfang voraus, der die Möglichkeiten der Gemeinschaftseinrichtungen bei weitem übersteigt. Andererseits wird die Gemeinschaft Maßnahmen der praktischen Solidarität um so eher zustimmen, je gesicherter die Aussichten sind, daß sie von erfolgreichen eigenen Anstrengungen der Mitgliedstaaten getragen werden, die Perspektiven für weitere Integrationsfortschritte eröffnen.

Verantwortung der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik ist in der Gemeinschaft das Land mit der größten Wirtschaftskraft. Hieraus erwächst ihr Verantwortung für die gemeinsame Sache. Sie

wird die berechtigten Erwartungen und wesentlichen Interessen ihrer Partner berücksichtigen, auch wenn sich diese nicht immer mit ihren eigenen integrationspolitischen Prioritäten decken. Wir werden vor allem auch weiterhin bereit sein, entsprechend unserer Leistungskraft innerhalb der Gemeinschaft finanzielle Nettoleistungen zu erbringen. Wir haben solche Leistungen bisher schon in einem erheblichen Umfang erbracht — bis hin zu jenen 1,5 Mrd. DM jährlich, die wir aufgrund längst nicht mehr existierender Wechselkurse zu viel in die Gemeinschaftskassen zahlen.

Anstrengungen zur Annäherung der wirtschafts- und währungspolitischen Entwicklungen kann allerdings nicht bedeuten, daß Gemeinsamkeit auf Kosten der Stabilität gesucht wird. Europa wäre nicht damit gedient, wenn sich die Partner stabilitätspolitisch auf einer „mittleren Linie“ trafen, d. h. wenn wir, um uns den anderen anzunähern, bewußt mehr Instabilität und insbesondere Inflation in Kauf nehmen. Die Konjunkturprogramme in Italien, Frankreich, Niederlande, Dänemark und Großbritannien beweisen, daß alle inzwischen gelernt haben, Inflation als Rezept gegen unsere wirtschaftlichen (und politischen) Sorgen abzulehnen. Dies ist zu bedenken, wenn beispielsweise

in der währungspolitischen Diskussion von der Veränderung der bestehenden und Schaffung neuer Mechanismen gemeinschaftlicher Solidarität die Rede ist.

Mittelfristige Aussichten

Knappe Mittel verlangen Konzentration der Gemeinschaftsaktivität auf das Mögliche und Wesentliche. Wenig aussichtsreich sind gegenwärtig konzeptionelle Gesamtentwürfe. Möglich bleibt dagegen die Fortführung der bisherigen Politik pragmatischer Einzelschritte zur Annäherung des Vorgehens der Mitgliedstaaten und zur Fortentwicklung geeigneter Integrationsbereiche. Auch dies ist aktive Europapolitik. Sie kann dann aussichtsreich sein, wenn stärker als bisher partikuläre Interessen im Einzelfall zurückgestellt und angemessene Haushaltsmittel auf Gemeinschaftsebene eingesetzt werden. Entscheidend wird die Bereitschaft zur klaren politischen Orientierung und zur überzeugenden Darstellung dieser Politik in der Öffentlichkeit sein.

Heute besteht die Aussicht, daß mittelfristig größere politische Impulse möglich werden. Mit den Beschlüssen über die Direktwahl des Europäischen Parlaments (1978) hat die institutionelle Verfassung der Gemeinschaft ein neues Gesicht erhalten. Bisher schien freilich

WELTKONJUNKTUR DIENST

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

Jahresbezugspreis
DM 60,—

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

der institutionelle Mechanismus kaum noch geeignet, um den wachsenden Aufgaben der Gemeinschaft gerecht zu werden. Das zunehmende Ausweichen in die Methoden intergouvernementaler Zusammenarbeit wird zu Recht als unbefriedigend empfunden.

Die mit der Direktwahl des Europäischen Parlaments eingeleitete Entwicklung kann mittelfristig dahin führen, daß die Willensbildung auf Gemeinschaftsebene in einer dem westlichen Verfassungsverständnis entsprechenden Weise legitimiert und auf eine wirklich politische, die Grenzen der Mitgliedstaaten übergreifende

Grundlage gestellt wird. Schon die bloße Ankündigung der Direktwahl des Europäischen Parlaments hat bekanntlich dazu geführt, daß die politischen Kräfte allenthalben grenzüberschreitend aktiv wurden.

Ich fasse zusammen: Der Schlüssel zur Bewältigung der Schwierigkeiten liegt in der inneren Festigung der Gemeinschaft. Im geduldrigen Zusammenwirken zwischen Gemeinschaftssolidarität, Eigenanstrengung und Disziplin der Mitgliedstaaten könnten die Energien entwickelt werden, die erforderlich scheinen, um der Gemeinschaft Zuversicht und neue Impulse zu geben. Die Betonung

der inneren Entwicklung ist unabhängig davon notwendig, daß die Gemeinschaft heute im Bereich der Außenbeziehungen vor sehr aktuellen Herausforderungen steht. Es wäre auf Dauer gefährlich, eine Außenpolitik zu betreiben, die nicht auf einer festen und bewährten politischen Struktur im Innern, auf einer wirklich integrierten Wirtschaft, auf einem stabilen sozialen und regionalen Gleichgewicht und schließlich — in Ermangelung einer gemeinsamen Währung — auf einem Minimum an tatsächlicher Zusammenarbeit und der Einhaltung gemeinsamer Regeln im Währungsbereich beruht.

Brian Bayliss

Wille zum Weiterbestand

Die Krisen und die Rezession, die seit 1973 die Industrieländer der westlichen Welt beherrschen, haben eine Reihe wirtschaftlicher Ereignisse ausgelöst, die das Überleben der EG in Frage stellen. Die ökonomischen Vorteile, die aus einer wirtschaftlichen Union entstehen, können sich nur dann verwirklichen, wenn alle Mitgliedsländer eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklungsstufe erreicht haben. Wird jedoch die wirtschaftliche Union zu einer Wirtschafts- und Währungsunion erweitert, so sind Harmonisierung und Stabilität der Volkswirtschaften sowie auch der Währungsentwicklungen der Mitgliedsländer Voraussetzung. Die infolge der Nahost-Krise von 1973 entstandenen Divergenzen in der Wirtschafts- und Währungsentwicklung der Mitgliedsländer der Gemeinschaft haben

zu Zweifeln über die Zukunft der EG geführt.

Divergierende Wirtschaftsentwicklungen

Die fünffache Ölpreiserhöhung und die allgemeine Rohstoffpreiserhöhung haben Anfang 1974 zu wesentlichen Zahlungsbilanzproblemen bei den EG-Mitgliedsländern, zu einer Beschleunigung der schon bestehenden Zuwachsraten der Inflation und zu einer Vergrößerung der von der schon rückläufigen Konjunktur beeinflussten Arbeitslosigkeit geführt. Trotz der 1974 in den Mitgliedstaaten auftretenden ersten Spaltung der Öleinfuhrpolitik und trotz starker Divergenzen der Inflationsraten und der großen Meinungsunterschiede über die notwendige Währungs- und Wirtschaftspolitik hat sich die Situa-

tion bis 1975 — mit Ausnahme Großbritanniens — merkwürdigerweise verbessert. In manchen Mitgliedsländern war eine Steigerung der industriellen Produktion bereits Mitte 1975 zu erkennen, und weiter hat sich die Inflationsrate für die zwölf Monate bis zum Jahresende in den ursprünglichen sechs Mitgliedstaaten und in Dänemark auf einstellige oder fast einstellige Zahlen verringert.

In Großbritannien erfolgte jedoch 1974 eine vollständige Lockerung der Einkommenspolitik und eine Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben. Bereits im Sommer 1975 entsprach die Inflationsrate einer jährlichen Zuwachsrate von mehr als 40 %, und trotz der im Herbst 1975 eingeführten Einkommenspolitik betrug sie für die zwölf Monate bis Ende 1975 noch 25 %. Erst Mitte

1976 wurde eine Zurückhaltung im Hinblick auf die öffentlichen Ausgaben in Regierungskreisen diskutiert. Diese Verzögerung hatte zwar vorerst eine ausgleichende Wirkung im Hinblick auf die Produktionsunterschiede zwischen Großbritannien und den anderen Mitgliedsländern, sie bedeutet aber einen weiteren Konjunkturrückfall in Großbritannien gegenüber seinen Partnerländern in der Zukunft.

Der Beitritt Großbritanniens zur EWG am 1. Januar 1973 wurde von vielen als Mittel zur Beseitigung des Engpasses, in dem sich die EWG befand, angesehen. Die wirtschaftliche Leistung Großbritanniens ging jedoch, verglichen mit den anderen Mitgliedstaaten, seit den 50er Jahren ständig zurück. An dieser Situation hat sich in den letzten vier Jahren wenig geändert; man könnte eventuell von einer kleinen Verbesserung der Auseinanderentwicklung sprechen.

Unterschiedliche Produktivitätsraten

Zwischen 1963 und 1973 betrug die jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes in konstanten Preisen in Großbritannien nur 2,9 %, verglichen mit einer Rate von 4 bis 5,5 % und im Durchschnitt von 5 % in den Ländern der Gemeinschaft. Solche internationalen Leistungsvergleiche sind jedoch wegen bestimmter Faktoren, z. B. unterschiedlicher Arbeitskräfte und Arbeitsstunden, Definitionsunterschieden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, fehlender zuverlässiger Outputmessungen und Unterschieden zwischen den Wechselkursen und den relativen Kosten, unzuverlässig.

Eine Beschränkung des Vergleichs auf die verarbeitende Industrie, wo die Messung des Outputs wesentlich leichter als im Dienstleistungssektor ist, und die Verwendung von EG-So-

zialrechnungen und Kaufkraftparitäten ermöglichen jedoch einen groben Vergleich internationaler Produktionsleistungen. Nach diesem Maßstab war 1955 die reale Wertschöpfung pro Arbeiterstunde in der verarbeitenden Industrie in Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland um 8–18 % höher als in Großbritannien, und 1973 waren die Leistungen in diesen Ländern sogar um 54 % bis 93 % höher. Mit anderen Worten, Großbritannien erreichte erst 1973 die Arbeitsproduktivität, die Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland im Jahre 1965 aufwiesen. Italien hatte Großbritannien 1968 eingeholt; seitdem ist die Arbeitsproduktivität beider Länder ungefähr gleich geblieben.

Seit der Ölkrise Ende 1973 und der folgenden Weltrezession ist die Arbeitsproduktivität in Frankreich, Italien und in den Niederlanden wesentlich zurückgegangen. Der Rückgang in Großbritannien war geringer. Unter den Mitgliedstaaten kam es nur in Deutschland zu einem langsamen Zuwachs der Produktivität.

Während der zwei Jahrzehnte bis 1973 ist in Großbritannien die Produktion in Relation zu den anderen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Italien, ständig zurückgegangen. Die Periode seit 1973 hat jedoch eine Verbesserung der Situation gegenüber Italien, Frankreich und den Niederlanden mit sich gebracht. Aber fehlende Maßnahmen gegen die Inflation von 1974–75 bedeuten einen späteren Aufschwung der Konjunktur in Großbritannien als in den anderen Ländern, in denen sich schon ein Aufschwung bemerkbar gemacht hat.

Entwicklung der Investitionen

Die Brutto-Anlageinvestitionen bilden eine Richtlinie für die zukünftige Konjunktur eines Landes. Anfang der 60er Jahre bestand eine relativ große Lücke zwischen Großbritannien und den

sechs EG-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Brutto-Anlageinvestitionen. Im Vergleich zu einem Durchschnittswert von etwa 23 % in den Sechs, bestanden in Großbritannien ungefähr 17 % des Bruttoinlandsproduktes aus Brutto-Anlageinvestitionen. Während der 60er Jahre stiegen in Großbritannien und in den sechs Mitgliedstaaten die Anteile der Brutto-Anlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt leicht an; obwohl die Spitze dieser Entwicklung bei den Sechs im Jahre 1970 erreicht war und es danach zu einem kleinen Rückgang kam, ist die Steigerung in Großbritannien im Krisenjahr 1974 weitergegangen. In jenem Jahr waren die Brutto-Anlageinvestitionen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt größer als zu jedem Zeitpunkt im vergangenen Jahrzehnt.

Obwohl der Realwert der Brutto-Anlageinvestitionen in Großbritannien im Jahre 1975 ebenso wie in den anderen Mitgliedsländern zurückgegangen ist, lag er bereits im ersten Quartal 1976 um 2 % höher als im letzten Quartal des vergangenen Jahres. Die Divergenzen zwischen Großbritannien und den sechs Mitgliedstaaten waren, gemessen an den Brutto-Anlageinvestitionen, nach 1973 geringer als zu jedem Zeitpunkt während des Jahrzehnts vor dem Beitritt Großbritanniens in die Gemeinschaft.

Steigendes Handelsbilanzdefizit

Wenn in der Handelsbilanz eines Mitgliedslandes einer Zollunion ständige und wesentliche Ungleichgewichte bestehen, ist es fraglich, ob solch ein Land aus der Mitgliedschaft in solch einer Union Nutzen ziehen kann. Im Jahre 1975 betrug das Außenhandelsdefizit Großbritanniens im Handel mit den Partnerländern 2 400 Mill. £; dieses Defizit kann mit einem von 2 200 Mill. £ 1974, 85 Mill. £ 1970 und 120 Mill. £ 1966 verglichen werden.

Auf den ersten Blick scheint sich die Handelsbilanz Großbritanniens gegenüber den anderen Mitgliedsländern so verschlechtert zu haben, daß die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens fraglich oder sogar unmöglich erscheint. Man kann jedoch aus diesen Zahlen keine derartige Interpretation ableiten. Das steigende Handelsbilanzdefizit mit der Gemeinschaft stammt sowohl aus einer Steigerung des Handels mit der Gemeinschaft (von ungefähr ein Viertel des Außenhandels Großbritanniens auf ein Drittel im letzten Jahrzehnt) als auch aus einer allgemeinen Verschlechterung der gesamten Handelsbilanz Großbritanniens. Das Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr beim Außenhandel Großbritanniens/übrige Welt und Großbritannien/EWG ist während der letzten

zehn Jahre ungefähr gleich geblieben. Wenn Großbritannien kein Mitglied der Gemeinschaft geworden wäre, würde die gegenwärtige Handelsbilanz wahrscheinlich ähnlich aussehen.

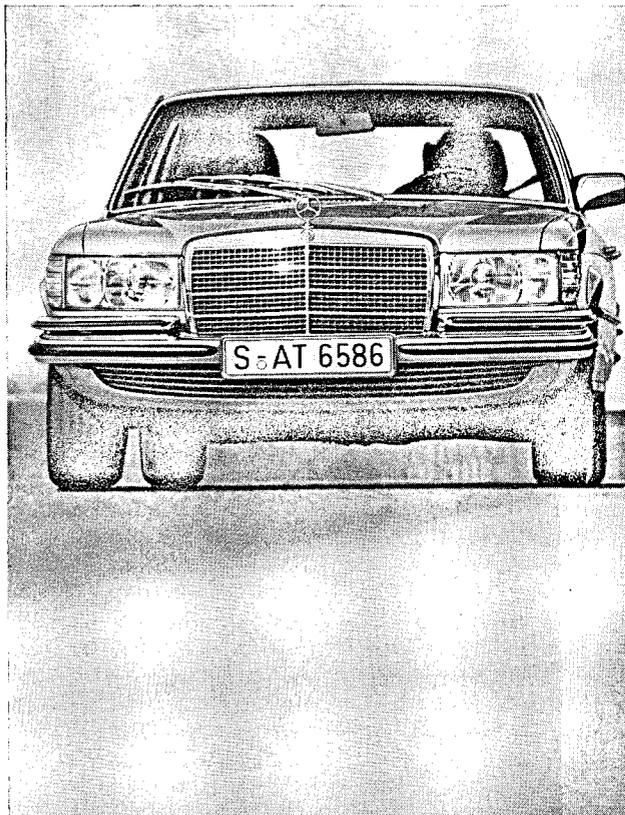
Die Divergenzen zwischen Großbritannien und den anderen Mitgliedstaaten sind nach der oben durchgeführten Analyse vor dem Beitritt verhältnismäßig größer als seit dem Beitritt gewesen. Wenn Divergenzen ein unüberwindbares Hindernis innerhalb einer Zollunion darstellen, muß gefragt werden, warum Großbritannien angesichts seiner Leistungen vor 1973 die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft gesucht hat und warum die damaligen Mitglieder diese Mitgliedschaft wollten.

Nach der Einleitung des Pariser Vertrages war das „raison

d'être“ der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft politisch. Die „European Movement“ (eine Dachorganisation für alle Pro-Europa-Organisationen in Großbritannien, die die „Parliamentary Leaders“ der drei Hauptparteien als Schirmherren hat) hat ihre 1970 erschienene Publikation „Britain and the Common Market“ mit den Worten angefangen: „The Basic Issue is Political.“

Politische Aspekte der Mitgliedschaft

Die politischen Aspekte der bevorstehenden Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG waren von allen „Parliamentary Leaders“ der drei Hauptparteien im „House of Commons“ betont worden. Mr. Jeremy Thorpe, „Parliamentary Leader“ der Liberalen Partei, einer Partei, die



Warum es überdurchschnittliche Autos geben muß.

Die S-Klasse von Mercedes-Benz.

Autofahrer sind im Schnitt 14.500 km pro Jahr unterwegs. Mercedesfahrer fast das Doppelte. Sie brauchen daher überdurchschnittlich viel Komfort, Sicherheit und Perfektion. Also kommt für sie ein durchschnittliches Auto kaum in Betracht.



Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Straßen.

ständig die Mitgliedschaft Großbritannien in der EG unterstützte, begründete sein Argument mit: „I want to see a united Europe which disunited has plunged the world into war twice this century. I want to see the political genius of this country coalesce with the industry and perseverance of Germany, with the civilised traditions of France, with the tolerance of the Low Countries and with the artistic genius of Italy.“

Mit 488 Stimmen gegen 62 bestätigte das „House of Commons“ am 10. Mai 1967 die Entscheidung der Regierung, die volle Mitgliedschaft der EWG zu suchen. Im Jahre 1971 ratifizierte das Parlament mit einer Mehrheit von 112 Stimmen im Unterhaus und 393 im Oberhaus nach den abgeschlossenen Verhandlungen mit der EWG die Entscheidung der Regierung, der EWG beizutreten. Im Januar 1973 trat Großbritannien der EWG bei. Zu diesem Zeitpunkt gab es jedoch keine klaren Anzeichen seitens der Bevölkerung dafür, daß die Beitrittsentscheidung willkommen war. Nach einer Befragung der EWG-Kommission im September 1973 hielten nur 31 % der Befragten die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EG für günstig, während 34 % sie als ungünstig erachteten. Ferner hielten nur 22 % der Befragten die Mitgliedschaft für sich selbst für günstig, während 38 % der Gegenmeinung waren.

Im Sommer 1975 fand ein Referendum über die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG statt. Die Wähler stimmten 2 zu 1 dafür. Nach 2^{1/2}jähriger Mitgliedschaft war die Zustimmung zur Mitgliedschaft Großbritanniens wesentlich größer als je zuvor. Eine weitere Befragung der EWG-Kommission im Mai 1976 zeigte, daß, wie auch in den ursprünglichen sechs Mitgliedsländern, ein Rückgang der Zustimmung zu verzeichnen war, jedoch hielt die Mehrheit immer noch die

Gemeinschaft für günstig. Während der gesamten Zeit der Mitgliedschaft, d. h. während der letzten vier Jahre, verstärkte sich die Zustimmung der Bevölkerung, und sie ist jetzt größer als zu jedem gegebenen Zeitpunkt vor dem Beitritt.

Die Industrie hat nach der Ansicht der „Confederation of British Industries“ (CBI) die Mitgliedschaft in der EWG ständig unterstützt. Auch in ihrer Entscheidung spielten politische Aspekte eine wichtige Rolle: „Political considerations cannot be divorced from the economic issues in the case for U.K. membership of the E.E.C. The prime objective of the Community, an ever closer union of the European people, will serve to preserve peace in Europe.“¹⁾

Zunahme der Direktinvestitionen

Seit 1970, dem Jahr mit der eigentlich geplanten Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG, sind die britischen Direktinvestitionen in der Gemeinschaft wesentlich gestiegen. Ungefähr ein Drittel der Direktinvestitionen im Ausland wurde in den vier Jahren 1971 bis 1974 in der EWG getätigt, d. h. die Direktinvestitionen in der EWG waren relativ zweimal so groß wie in den 60er Jahren. An den Direktinvestitionen gemessen, hat Großbritannien deutlich seinen Glauben an die Zukunft der EWG bestätigt.

Die Gewerkschaftsführer sind anderer Meinung; für sie bedeuten diese Investitionen einen Zweifel an der industriellen Zukunft Großbritanniens. Der „Trade Union Congress“ (TUC) hatte 1972 mit einer geringen Mehrheit seine ehemalige Unterstützung des Beitritts zur EWG zurückgezogen. Im folgenden Jahr stimmte der TUC, wieder mit einer geringen Mehrheit, gegen eine Mitgliedschaft in der EWG und im Jahre 1974 sogar mit großer Mehrheit. Die im Verhältnis zu den Inlandsinvestitio-

nen steigenden Direktinvestitionen im Ausland insbesondere in den Jahren 1973 und 1974, d. h. in einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit, waren bei den Gewerkschaftsführern ein wichtiger Faktor für ihre starke Opposition gegenüber der EWG.

Mit Ausnahme der Gewerkschaftsführer bestehen keine Anzeichen dafür, daß die Unterstützung der EG heute geringer als zur Zeit des Beitritts vor vier Jahren ist. Die Bedeutung der politischen Faktoren für den Beitritt Großbritanniens kann nicht stark genug hervorgehoben werden, und dieser politische Wille wird höchstwahrscheinlich die Auseinandersetzungen mit der EG wegen ökonomischer Schwierigkeiten bestimmen. Aber gleichzeitig muß betont werden, daß die ökonomischen Argumente gegen die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens in der EG im Jahre 1976 nicht viel anders sind als in dem Jahrzehnt vor 1973 und im Jahre 1973.

Obwohl die Zukunft der EG aus ökonomischen Gründen in Frage gestellt wird, haben die Volkswirtschaften von sechs der neun Mitgliedsländer eine bemerkenswerte Widerstandskraft in der jüngsten Rezession gezeigt. Dieser Block von sechs Mitgliedsländern (Deutschland, Frankreich, Dänemark und die Benelux-Staaten) plus die Schweiz, Österreich und Norwegen ist als der neue „Stability Bloc“²⁾ beschrieben worden. Ein weiterer EG-Fortschritt könnte möglicherweise irgendein „Stufensystem“ oder sogar ein Drei-Stufen-System bedeuten, wenn die Türkei und Griechenland Mitgliedsländer werden sollten. Trotz der Schwierigkeiten bei solch einem System existiert höchstwahrscheinlich der politische Wille zur Durchführung.

¹⁾ British Industry and Europe – A Report by the CBI Europe Committee, London, March 1975.

²⁾ F. W. Schulthess, Chairman of the Board of Credit Suisse, Genf 1975.